

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

9.8.1922 (No. 183)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Redakteur
E. H. f.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 A — Einzelnummer 2 A — Anzeigengebühren: 3 A für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe sind weder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbedingung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Kartoffelversorgung.

** Die Mißstände in der Kartoffelversorgung im Herbst und Winter 1921 waren zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß viele Gemeinden, Anstalten und Betriebe (Hotels, Krankenhäuser, Altersheime, Pensionen, Volkshäuser, Speisehäuser, Wirtschaften, Fabriken und ähnliches) versuchten, ihren Kartoffelbedarf dadurch zu decken, daß sie Beauftragte zum unmittelbaren Ankauf der Kartoffeln bei den Erzeugern auf das Land hinausschickten. Die Folge davon war, daß eine außerordentlich große Zahl von Personen bei den Bauern nach Kartoffeln fragte und damit die Preise in die Höhe trieb.

Es ist dringender notwendig, daß sich Gemeinden, Anstalten und Betriebe für die Eindeckung ihres Winterkartoffelbedarfs des Kartoffelhandels oder der mit dem Kartoffelgeschäft seit Jahren befaßten großen landwirtschaftlichen Verbände bedienen. Dies ist schon deshalb notwendig, weil durch Reichsgesetz neuerdings Bestimmungen getroffen worden sind, die verhindern sollen, daß die Landwirte auch in diesem Jahre wieder von Verbrauchern überlaufen werden, die Kartoffeln kaufen wollen. In eigener Person zum Landwirt hinauszugehen oder zu fahren um Kartoffeln zu kaufen oder zu holen, ist hiernach nun dann erlaubt, wenn es sich um die Eindeckung für den eigenen Haushalt handelt. Als eigener Haushalt in diesem Sinne gelten aber nicht Hotels, Altersheime, Krankenhäuser, Pensionen, Volkshäuser, Speisehäuser, Wirtschaften, Fabrikantinnen und ähnliche.

Wer gleichwohl aus besonderen Gründen Kartoffeln für derartige Anstalten und Unternehmungen, für Gemeinden oder fremde Haushaltungen in eigener Person unmittelbar beim Erzeuger holen oder kaufen will, bedarf einer besonderen Ankaufserlaubnis des Landeskommissärs, in dessen Bezirk der Ankauf der Kartoffeln erfolgen soll. Anträge auf Ausstellung einer derartigen Erlaubnis müssen alsbald bei dem Bezirksamt oder dem Bürgermeisteramt des Wohnortes gestellt werden.

Poincaré in London.

Über die Londoner Konferenz und ihre Zusammenhänge berichtet ein der „Fr. H.“ von ihrem Londoner Korrespondenten zugehend, vom 5. Aug. datierter Artikel, in dem es heißt:

Um die sehr ernsten Dinge zu verstehen, die in den nächsten Tagen in London von den führenden Persönlichkeiten der Alliierten besprochen werden, ist es nötig, zunächst daran zu denken, warum und von wem die Konferenz gewünscht wurde. Der Anlaß ist das deutsche Gesuch um eine Ausdehnung des bereits gültigen partiellen Moratoriums auf die in Cannes beschlossenen Zahlungen. Darüber konnte die Reparationskommission entscheiden, und es ist kein Geheimnis, daß die Mehrheit dieser Kommission dem erweiterten Moratorium unter gewissen Bedingungen zugeneigt ist. Herr Poincaré hat die Aussprache mit Lord George angeregt und dieser hat die Einbeziehung der übrigen Alliierten vorgeschlagen. Das Motiv der französischen Regierung war dabei nach dieser Meinung die Absicht, das Maß der Bedingungen zu erhöhen und die Gelegenheit zu benutzen, um sich aus der unangenehmen Lage zu befreien, in die Frankreich dadurch gekommen ist, daß die englische Regierung vor einigen Wochen (nicht erst in der Walfour-Note) die französische Regierung durch eine Note ersucht hat, sich nunmehr auf den Zinsendienst für die französische Schuld an England vorzubereiten. Diese englische Forderung war es also, was das Bedürfnis der französischen Regierung nach einer Aussprache erzeugt hat. Schon vorher entandte die Pariser Regierung eine Kommission nach Washington, um dort die Schuldfrage zu besprechen. Da England keinen Zweifel gelassen hat, daß ein Tauschhandel: Moratorium gegen Schuldenerlaß, niemals in Frage kommen kann, mußte der französischen Regierung daran gelegen sein, um über die Schulden sprechen und verhandeln zu können, die Reparationsfrage auf das Programm der Konferenz zu bringen. Die englische Regierung erklärte sich bereit, nicht nur über das Moratorium samt seinen Bedingungen und samt den Clearingzahlungen zu sprechen, sondern das ganze Problem der Reparationen zu diskutieren. Sie deutete aber zugleich an, daß auch auf der Walfour-Regierung der Reparationslast gegen Streichung der interalliierten Schulden für England kein Handelsgeschäft in Betracht komme.

Es läßt sich leicht feststellen, daß die englische Regierung, von der Rücksicht auf den Steuerzahler ganz abgesehen, gegen nichts so empfindlich ist, wie gegen die Auffassung, daß England nur großmütig auf seine ganzen Forderungen zu verzichten brauche, um Europa wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Lord George dürfte ganz besonders davon überzeugt sein, daß die Frage der finanziellen Abrechnung nur ein kleiner Teil, wenn auch ein sehr wichtiger Teil, eines viel umfassenderen politischen Problems ist. Die „Genua-Idee“ und was

hinter ihr steckt, lebt noch immer: ein friedvolles, zur Abrüstung bereites Europa ist ebenso wichtig, wie die Bilanzierung der Budgets und die Schuldzahlung, die ohne solchen Frieden nicht möglich sind. Nur in diesem Zusammenhang ist für die vorherrschende — jedenfalls für die regierende — Meinung Englands eine wesentliche Förderung der Reparations- und Schuldenfrage möglich. Die finanzielle Verpflichtung Englands gegenüber Amerika ist gewiß ein ernstgemeintes Argument, aber der Schlüssel zur englischen Politik in diesen Fragen ist in jenem politischen Motiv zu suchen, das der amerikanische Senator Borah (bekanntlich eine parlamentarische Hauptfigur) so ausdrückte: jegliche Schuldfrage — gemeint ist damit sicherlich in erster Linie die französische Schuld in Amerika — ist nur diskutabel, wenn Europa zu Lande und zu Wasser ernsthaft abrüstet. Der „Manchester Guardian“ formuliert dieselbe Idee in folgender Weise: England darf die Waffe seiner Forderung gegen Frankreich nur aus der Hand geben, wenn eine wirkliche und solide Regelung der europäischen Gesamtfrage gefunden werden kann. Man sollte in Deutschland diesen Gedankengang beachten, denn die, wie viele glauben, höchst klug und vorzüglich berechnete diplomatische Taktik Englands ist im jetzigen Augenblick überhaupt nicht zu verstehen, wenn man sich dies nicht klar macht.

Amerika erschwert allerdings die Lösung der Reparationsfrage; aber weniger weil es auf England, als weil es auf Frankreich drückt und die französische Schuld noch festhält und nicht einmal Stundung in großem Stil dafür zugibt. Aber Amerika spielt dabei doch jener englischen, auf politische, wirtschaftliche und militärische Ruhe in Europa abzielenden Politik in die Hände.

Weder Lloyd George (in der letzten Zeit), noch die Walfour-Note schieben dieses politische Argument in den Vordergrund. Nur ein Teil der Presse tut es. Der Grund ist zu eraten. Statt dessen verweist die Walfour-Note auf den inneren Zusammenhang der europäischen Verschuldung mit den Schulden Englands in Amerika. Aber diese Note läßt eine Hintertüre offen. In einem Londoner Bericht vom 20. Juli wurde dargestellt, daß England nunmehr bereit sei, im Rahmen einer Neuordnung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Hauptmächte — aber nur unter dieser Bedingung! — auch ohne entsprechend in Amerika entlastet zu werden, in Verhandlungen über den Erlass der alliierten Schulden als einem Teil einer wirklich umfassenden Lösung des Finanzproblems einzutreten. Demals hatte sich das Kabinett gegen die Ablehnung einer solchen Note ausgesprochen; zwei Wochen darnach ging sie ab — aus Taktik, um der Welt einmal zunächst die harten Tatsachen zu zeigen. Jene Hintertüre, die vielfach quert übersehen wurde, läßt der englischen Regierung nach der Meinung guter Kenner, jede Möglichkeit offen. Man vergesse auch nicht, daß eine offizielle, oder auch nur offiziöse Zusage Londons im Sinne jener Vereinfachung zur Streichung vorher nicht vorlag und daß die Walfour-Note also nicht etwa eine frühere, weitergehende Erklärung einschloß. Umgekehrt: sie stellt das ideale Maximalziel auf. Dies ideale Ziel der englischen Politik ist die allgemeine Schuldentilgung. Dazu ist natürlich Amerika notwendig. Biletschicht kommt es einmal dahin. Wenn man ohne Verzweiflungstakt Frankreichs und Zusammenbruch Deutschlands solange warten könnte, würde die englische Politik die Regelung aller schwebenden Finanzfragen sicherlich gerne bis dahin vertagen und einsteifen durch ein Moratorium Ausschilfe schaffen.

Aber schon weil Amerika niemals zu einer solchen absolut endgültigen Lösung beitragen wird, ohne von einer grundsätzlichen Wandlung der europäischen Politik überzeugt zu sein, wünscht England diese europäische Grundlage so bald wie möglich sicherzustellen und die englische Vereinfachung auch dafür Opfer zu bringen, besteht fort. Frankreich verlangt den totalen Verzicht Englands auf Reparationen und Schulden. Die Walfour-Note stellt nun einen partiellen (im Detail nicht klar bezeichneten) Verzicht in Aussicht. (Die englische Regierung, so sagt heute der „Manchester Guardian“, weiß dabei genau, daß Frankreich (und überhaupt der Kontinent) inzwischen nicht zahlungsfähiger geworden ist. „Man darf deshalb hoffen, daß die Regierung noch immer bereit ist, die französische Schuld zu streichen, wenn ein Äquivalent für das Geld gefunden werden kann.“ Nicht C-Bonds oder dergleichen, wie Paris anbietet und die „Times“ deshalb befürwortet, sondern ein ehrliches, umfassendes, politisches Arrangement. Das ist nicht nur die Privatmeinung der Redaktion des „Manchester Guardian“, auch nicht die des „Daily Chronicle“, das von Anfang an diese Haltung einnahm, sondern es ist eine starke, wenn auch nicht unbestrittene Richtung in der maßgeblichen englischen Politik.

Der Magnet „Anleihe“, der Europa über die Krise der ersten Amtszeit Poincarés hinweggeholfen hat, ist immer noch vorhanden, wenn auch seine Zugkraft geringer geworden ist. Nicht nur Professor Keynes setzt starke Zweifel in eine Anleihe großen Stils. Und wie fern ist sie in jedem Falle noch! Es ist ein neuer Magnet aufgestellt worden, der dazu beitragen kann, die französische Politik vom Sturz in toide Abenteuer abzuhalten: die Aussicht auf Schuldenerlaß. Bis zu diesem Sommer hat sich Frankreich nicht sonderlich den Kopf gebrochen wegen der französischen Schuldenlast. Aber seit England und Amerika eindringlich an diese Verpflichtungen erinnern, ist die französische Staatsbank zu einem recht harten politischen Faktor geworden. Vollends durch die Walfour-Note! England hat noch kein formelles Verlangen nach Zahlung gestellt, aber es hat eine Perspektive eröffnet. Bei den Aussprachen in London wird sich zeigen, wie diese beiden Magnete wirken und was Frankreich über jene Perspektive denkt. Herrn Poincaré wird ein bestimmter eigener Reparationsplan ausgeschrieben, der auf einen vollkommenen Abschluß in

Paris hindeuten könnte, nämlich auf die prinzipielle Bereitschaft, die deutsche Last stark zu ermäßigen. Frankreich hat aber ein zweites Eisen im Feuer; wir verspüren seine Hitze in den brutalen Drohungen wegen des Clearingkontos. Für welches der beiden Eisen wird sich Poincaré endgültig entscheiden? Ist sein „Plan“ ernst gemeint, will er ernsthaft die Erleichterung Deutschlands? Das ist völlig im Dunkeln, aber allein entscheidend. Über die Tragweite der Alternative ist sich in London niemand im Zweifel. Entweder bricht in den nächsten Tagen die bisherige europäische Refraktionspolitik zusammen, oder es eröffnet sich der Weg zur neuen Beratung der Bankiers, zu politischem Ausgleich der europäischen Hauptmächte und dadurch zur allgemeinen Konferenz in Washington, auf die maßgebliche Engländer abzielen. Völliger Ruin oder langwieriger Aufstieg in mühseligen Etappen — das steht abermals und wohl endgültig zur Entscheidung.

Auch eine Hungerblockade.

Von Wilhelm Sollmann (Höln), M. d. R.

Eines der raffiniertesten Mittel französischer Politik im Saargebiet ist die Einführung der Frankenvährung für große Teile des Wirtschaftslebens. Sie hat die Lohn- und Gehaltsempfänger wirtschaftlich in zwei große Gruppen gespalten: Marktempfänger und Frankempfänger. Nach einem Sonderbericht der Regierungskommission in Saarbrücken vom 1. 2. 22, der nur schieft die Genehmigung über das Vordringen des Franken verbergen kann, wurden schon zu Beginn dieses Jahres rund zwei Drittel der Bevölkerung in Franken bezahlt. Er mußte ihnen aufgezungen werden, weil die wirtschaftlich über den Tag hinaus denkenden Teile des Volkes wissen, daß der Franken die Industrie des Saargebietes, deren Absatzmärkte natürlich außerhalb des kleinen Landeslebens liegen, im Wettbewerb hemmen und so die blühende Wirtschaft dieses wichtigen industriellen Gebietes schädigen muß. Schlimme Vorboten dieses Unheils sind schon eingetroffen.

Davon abgesehen, ist die teilweise Einführung der Frankenvährung nichts anderes als eine neue Art der Hungerblockade gegen den Teil der Bevölkerung, der auf Markteinkommen angewiesen ist. Da je nach dem Kursstand die Frankempfänger ein mindestens um das 3-fache höheres Einkommen haben als die Marktempfänger, sind sie auch um das mehrfache kaufkräftiger; die Warenpreise folgen dem Franken, und die Marktempfänger sind zu einem hoffnungslosen Darben verurteilt, von dem man sich im Reich keine rechte Vorstellung macht.

Die verdrüssende Wirkung des Frankens greift aber über die Saargrenzen hinaus auf die rheinischen Grenzgebiete über. Einmal, weil viele zu Frankeneinkommen im Saargebiet beschäftigte Arbeiter diesseits der Grenze wohnen, und zum andern, weil Frankempfänger aus dem Saargebiet den mit Markt entlohnten Bewohnern des rheinischen Grenzgebietes die Bedarfsartikel zu jedem Preise verkaufen. Zum Verständnis dieser Erscheinung seien die Einkommen von Frankempfängern im Saargebiet und von Marktempfängern diesseits der Grenze gegenübergestellt: Am 1. April 1920 war das Durchschnittseinkommen des in Franken entlohnten Bergarbeiters im Saargebiet (Frankenlohn) 3,84 M. = 15 060 M. jährlich. Der Arbeiter im deutschen Grenzgebiet verdiente 6492 M.; die Frankempfänger im Saargebiet also 8598 Mark mehr. Die Spannung wurde immer größer, je mehr unsere Mark sank. Am 1. Juli 1920 verdiente der Frankempfänger 17 832 M., am 1. Dezember 1921 39 786 M., am 1. April 1922 87 660 M. im Jahre mehr als der Marktempfänger im Grenzgebiet. Im Saargebiet selbst ist der Unterschied ähnlich.

Infolgedessen sind die Lebensverhältnisse selbst in kleinen Städten und Dörfern an der Grenze viel teurer als in Berlin. So waren die Feuerungsgehälter in Berlin im Januar d. J. 1620, im Grenzland 2619 bis 3083, in Berlin im Februar d. J. 1922, im Grenzland 2910 bis 3208, in Berlin im März d. J. 2297, im Grenzland 3411 bis 3624.

Da trotz dieser enormen Tenerung die Preise noch etwas billiger sind als unter dem direkten Einfluß des Franken im Saargebiet, schlappen die kaufkräftigen Frankempfänger die Lebensmittel aus dem Grenzgebiet massenhaft fort.

Nach einer mir vorliegenden Statistik wurden auf Grund von Ausfuhrscheinen innerhalb vier Wochen in das Saargebiet fortgeschleppt: Fleisch 98 076 Kilo, Butter 171 636 Kilo, Mehl 360 878 Kilo, Hartmelade 51 098 Kilo, frische Milch 158 088 Liter, Waren, die zum großen Teil dann nach Frankreich weitergehen. Allein aus einer Bürgermeisterei wurden innerhalb vier Wochen ausgeführt: Brot 2787 Kilo, Mehl 1878 Kilo, Butter 930 Kilo, Hülsenfrüchte 1408 Kilo, Kartoffeln 11 268 Kilo, Eier 14 065 Stück, Fleisch 550 Kilo, Butter 4500 Kilo, Mehl 5000 Kilo.

Diese Auswanderung der mit Papiermark entlohnten Arbeiter, Angestellten und Beamten durch valutastarke Elemente laßt auf ihnen wie ein Alp. Sie wenden sich in verzweifelter Hilferufen an das Parlament, und sie weisen mit Recht darauf hin, es sei an keiner Grenze so schlimm wie an der des Saargebietes. Sie verlangen Beihilfe durch das Reich, so daß schließlich aus den Massen des notleidenden Reichs ein Teil dessen wieder gut gemacht werden muß, was die Frankenvährung Frankreichs im Saargebiet gesündigt hat.

Auch die mit ihren Frauen und Kindern im Saargebiet und im Grenzstreifen hungernden Marktempfänger sind eine Anklage gegen die Franzifizierungspolitik an der Saar und gegen das System überhaupt, das sich in den Folgen des Friedensvertrages auswirft.

iner Beilage: 87. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Der Fall Leoprechting.

Man schreibt uns:

In Bayern ist aus der Beurteilung Leoprechtings, unter Führung des „Bayerischen Kurier“ ein Kesseltreiben gegen die Reichsregierung entstanden, weil sie sich angeblich dieses französischen Agenten als Spiegel zur Überwachung bayerischer Geheimorganisation bedient habe. Die Angriffe richten sich auch gegen die Presseabteilung der Reichsregierung und stützen sich auf Feststellungen, die das Münchener Volksgericht über die Beziehungen Leoprechtings zu den Reichsstellen machen zu können glaubte. Die juristische Konstruktion war folgende:

Leoprechting habe das Vertrauen der Reichsbehörden erschlichen, um durch Lügennachrichten über bayerische Verhältnisse Mißtrauen zwischen Bayern und der Reichsregierung zu erregen und dadurch die Lösung Bayerns vom Reich zu fördern. Diese Feststellungen der Gerichte stützen sich auf Angaben des Angeklagten, der allerdings in demselben Urteil als Finkopath und lügenhafter Schwärmer bezeichnet wird. Die Feststellungen des Volksgerichts sind doch für den objektiven Beobachter nicht durchgehend überzeugend. Wie die C.R.G. erfährt, sind außer der Erklärung des Grafen Zech drei Verurteilungen an den „Bayerischen Kurier“ gelangt worden. Aus diesen Verurteilungen zusammen mit den übrigen allgemein bekannten Tatsachen ergaben sich unseres Erachtens schwere Bedenken gegen die Feststellungen des Gerichts. Es ist vor allem auffallend, daß die beteiligten Reichsstellen und Reichsbeamten überhaupt nicht gehört wurden. Daraus entstanden verschiedene Irrtümer.

J. B. stellt das Gericht, ausgehend von einer Ende Dezember 1921 in München zwischen Leoprechting und einem Vertreter der Reichsregierung stattgefundenen Besprechung, fest, daß hierbei den Plänen Leoprechtings „tatsächlich entgegengetreten“ worden sei und Leoprechting eine „fühle Zurückweisung“ erfahren habe. Das Gericht stellt fest, daß diese Zurückweisung durch den Staatssekretär Hemmer, den Chef der Reichskanzlei, erfolgt sei. Es nimmt dagegen, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, von dem Inlandreferenten der Presseabteilung, dem Vortragenden Legationsrat Haas an, daß dieser dem Angeklagten — im Gegensatz zu dem Staatssekretär — Vertrauen geschenkt habe. Nun stellt sich heraus, daß das Gericht sich hier, in der Person geirrt habe. Nicht der Staatssekretär Hemmer — der überhaupt nicht in München und sich mit der Angelegenheit nicht befaßt hat — sondern nur Haas und kein anderer hat damals mit Leoprechting gesprochen; er ist es also, der ihm auf seine Bitte um Unterstützung jener „fühle Zurückweisung“ zuteil hat werden lassen und die Unterstützung seiner Projekte unabweisend abgelehnt hat.

Dann wird behauptet, die Presseabteilung habe dem Leoprechting wichtige Staatsgeheimnisse anvertraut. Diese hat das bereits dementiert. Dem Leoprechting, der sich als Herausgeber einer Korrespondenz in München zur Aufnahme von Informationen und Artikeln im Sinne der Regierungspolitik bereit erklärt hatte, sind solche vereinzelt zugegangen und zwar durchaus im Rahmen des in solchen Fällen üblichen. Staatsgeheimnisse kamen nie in Frage. Die behauptete finanzielle Unterstützung des Leoprechting durch die Presseabteilung schrumpft zu einer Unterfertigung zusammen, die Leoprechting, wie sich nunmehr herausstellt, begangen hat. Er hat niemals Geld für sich oder seine Zwecke bekommen. Es wird ferner behauptet, der Inlandreferent der Presseabteilung habe das Leoprechtingische Gift in die Ohren des Reichskanzlers geträufelt, wie der „Bayerische Kurier“ schreibt. Aus den dem „Bayerischen Kurier“ gesandten Berichten ergibt sich, daß Herr Haas die Mitteilungen Leoprechtings niemals dem Reichskanzler weitergegeben hat, im Gegenteil findet sich auf dem Blatte der Leoprechtingschen Korrespondenz, das den meistverwöhnten Bericht über Vorbereitungen eines monarchistischen Aufstieges enthält, von der Hand des Herrn Haas der Kennzeichnung: „phantastisch und höchst unglaubwürdig“.

Haas hat zweifellos alles getan, um evtl. schädliche Wirkungen der Leoprechtingschen Alarmnachrichten auszufliessen. In der Tat war wohl niemand besser geeignet, die Mitteilungen Leoprechtings in der Presseabteilung richtiger zu behandeln, als gerade er, der selbst Bayer ist und dessen Vorwitz gerade in der pressmäßigen Behandlung bayerischer Angelegenheiten zur Genüge bekannt ist. So stellt sich immer deutlicher heraus, daß Bayern das Opfer eines übertriebenen Argwohn geworden ist. Es ist aber doch bezeichnend, daß alle diese Fehlschlüsse, die ganz ungeheurer Aufbausung der Angelegenheit durch die Interpellation in der bayerischen Kammer, sich hätten vermeiden lassen, wenn auch nur ein Versuch gemacht worden wäre, die beteiligten Reichsstellen u. Beamten zu hören, bevor man zur politischen Ausbeutung der Angelegenheit überging. Es ist die Aufklärung gefallen, daß man in Berlin Bayern als Ausland behandelt hätte. Hier ist an einem deutlich greifbaren Beispiel das Umgekehrte erwiesen.

Ein Dichter im Bauernkittel.

Von Will Scheller.

Viele Maler haben sich damit abgegeben und, noch immer sind welche, und freilich nicht die schlechtesten, beflissen, das Leben des Landmanns, des deutschen Bauern zumal, nach Wert und Feierabend in Farben oder Schwarzweiß-Manier festzuhalten und künstlerischer Betrachtung zuzuführen. Und es braucht einer im Hosiendland nicht weit zu gehen, um solche Maler des Bauernlebens kennen zu lernen, die der Sache selbst allesamt näher gekommen, mehr ins Innere gedrungen sind, als jene großen Künstler der Vergangenheit, die den Bauernmann nur als Gegenstand grober Späße zu benutzen wußten. Es mag eine von den wenigen, ihren Namen verdienenden Errungenschaften der Neuzeit sein, daß der Mensch bei der Betrachtung des Naturlebens über die Dürftigkeit des Mittelalters und die jener an Unzulänglichkeit nicht nachsichtige Spielerei der Folgezeiten hinaus zu einer würdigen Einstellung zu dem ländlichen Leben und Schaffen gekommen ist; diese Einstellung hat wohl anfänglich gewisse „poetische“ Übertreibungen nicht vermieden, solche Kinderkrankheiten jedoch längst überwunden, wie sich aus der neueren, Gegenstände der fraglichen Art behandelnden Dichtung leicht erkennen läßt. Bildende und dichtende Künstler Gedichte also in nicht geringer Zahl den Bauernstand von der Außenwelt nicht nur, sondern auch nach seiner inneren Beschaffenheit darzustellen sich bemüht und dabei viel Gutes, ja Vortreffliches an den Tag gefördert.

Daß die ländliche Bevölkerung dieser geistigen Manifestation durch anderer Vermittlung bedürfte, liegt auf der Hand. Denn es hindert sie nicht nur schwere und zeitverzehrende Arbeit daran, selber dergleichen zu tun, sondern auch eine gewisse Stargheit und Sprödigkeit der Auherrung, die einmal, wenigstens in Deutschland, zu ihrer Natur gehört. Wenn nun einer kommt, dessen Beruf es ist, zu säen und zu ernten, mit schweißiger Faust den Pflug zu führen auf eigenen Äckern und die Sense zu schwingen auf den Wiesen, wenn ein solcher Mensch harter Arbeit um das Brot des Volkes kommt und ein Buch veröffentlicht, in dem Gedichte stehen, dann liegt Anlaß genug vor, anzumerken. Denn wenn in einem

Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der Berliner Berichterstatter des Blattes „Daily News“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning, in der dieser über die Frage der Ausgleichszahlungen u. a. sagte, Deutschland wüßte nicht, die Zahlungen zu umgehen. Man habe nur erklärt, daß Deutschland nicht nach dem Plan vom vorigen Jahre bezahlen könne, und daß die Zahlungen auf einen längeren Zeitraum verteilt werden müßten. Außerdem könne diese Frage nicht von der der Reparationen getrennt behandelt werden. Die Methode der Gewaltanwendung und der Drohungen, die Frankreich bevorzuge, werde zu einer Lösung des Problems nicht führen. Wann werde Frankreich dies einsehen? Noch einige Notizen von Herrn Poincaré in diesem Zusammenhang. Der Zusammenbruch der deutschen Währung werde vollständig sein. Aber die Londoner Konferenz sage der Kanzler: Dort wird sich das Schicksal Europas entscheiden. Ein Fehlschlag in London würde den vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Währung mit allen seinen Folgen bedeuten. Aber den eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund bezog, sagte Dr. Brüning: Erst wollen wir sehen, ob wir am Leben bleiben. Solange uns das Wasser bis zum Kinn steht und solange die Möglichkeit vorhanden ist, daß wir darin versinken, kann die Frage des Völkerverbundes sehr gut bis zu einer späteren Zeit zurückgestellt werden.

Einem Berichterstatter des New Yorker Blattes „New York Herald“ erklärte Reichskanzler Dr. Brüning:

Wenn die Londoner Konferenz eine Enttäuschung bringt, wird Deutschland kein Arbeitszeug aus der Hand legen und den Mut verlieren. Der Zusammenbruch einer Bevölkerung von 60 Millionen wird sich nicht über Nacht wieder gutmachen lassen. Die Existenz der deutschen Republik hängt vom Ausgang der Reparationsfrage ab. Weitere Notizen wie das jüngste Ergebnis des französischen Premierministers würde die Welt völlig vernichten. Die deutsche Antwortnote, die dem Brief Poincarés vorausging, sei in verständlichem Geiste abgefaßt worden mit der Absicht, einen Ausgangspunkt für eine gerechte Revision des gesamten Reparationsprogramms zu schaffen. Der Kanzler betonte noch einmal, daß Deutschland in jeder Beziehung zahlungsunfähig werden müsse, wenn die Reparationsverpflichtungen nicht herabgesetzt würden und eine internationale Anleihe zustande käme. Er könne nicht sagen, schloß er, wie viel Deutschland in seiner derzeitigen ungerügten Finanzlage zu zahlen imstande sei. Der Betrag sei heute niedriger, als er vor sechs Wochen war. Das Wesentliche sei, daß Deutschland ein tatsächliches Moratorium erlange. Seine Absicht gehe nicht dahin, sich weiteren Zahlungen zu entziehen. Deutschland folge lediglich vor, die Frage weiterer Ausgleichszahlungen mit der Reparationsfrage zu verbinden.

Die Londoner Konferenz.

Nach dem offiziellen Bericht des Reutersbüros erklärte Lloyd George:

Alle Alliierten litten schwer, die Lage sei überall ernst. Er erinnerte Poincaré an die Verluste Großbritanniens und Italiens, sowie an die Steuerlasten Großbritanniens, die denjenigen der am schwersten belasteten Länder mindestens gleichkämen. Auf die Entwaflnung Deutschlands übergehend sagte Lloyd George, es sei unmöglich, daß Deutschland genügend Waffen habe, um ein Heer von irgendwelcher Bedeutung auszurüsten. Keine militärische Autorität könne in Frage stellen, daß Deutschland außerstande sei, ein Heer auszurüsten, das selbst gegen eine der kleineren Mächte aufzutreten könnte. Das militärische Deutschland sei niehergebrochen und liege im Staub. Deutschland sei kaum imstande, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Selbst wenn jede Fabrik zur Herstellung von Kriegsmaterial arbeite, so wäre Deutschland seines Erachtens nicht in der Lage, soviel Material herzustellen, wie es in zwei Jahren ausgeliefert habe und lange vorher würden die frühesten Gegner eingegriffen haben. Die junge Generation Deutschlands wachse ohne militärische Erziehung heran. Die Ausbildung der früheren Reserveverminderer sich naturgemäß mit jedem Jahre. Die deutsche Flotte sei vollkommen zerstört, was für Frankreich und Großbritannien wichtig sei. Deutschland habe bereits 500 Millionen Pfund Sterling bezahlt, das bedeute etwas, zumal drei Revolutionen in Deutschland waren. Das Garantiekomitee habe behauptet, daß Deutschland keinen schlechten Staatsmann habe. Es sei wichtig, daß die alliierten Staatsmänner das Fehlen der Welt in Betracht zögen. Er habe nicht den Wunsch, daß Deutschland frei davon komme, aber die Frage sei, welche Methode angewendet werden soll.

Aus London wird der „B.“ gedruckt: Die Vorschläge Poincarés für die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland, die einer Sonderkommission überwiesen worden sind, werden in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt: 1. Kontrolle der Reichsbank; 2. Kontrolle der Ein- und Aus-

fuhr; 3. Kontrolle des Devisenhandels in Deutschland; 4. Sonderversteuerung der Aufschläge zugunsten der Reparationskasse; 5. Wiederherstellung der inneren Zollgrenze im besetzten Gebiete wie 1920/21 und östlich der Ruhr wegen der neuen Kohlensteuer; 6. Kontrolle der Einnahmen aus staatlichen Bergwerken und Wäldern; 7. Beteiligung an der deutschen Industrie durch Vermehrung des Aktienkapitals um 26 Prozent und Abgabe dieser neuen Aktien an die Reparationskommission.

R.T.B. London, 8. Aug. Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgeht, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer Zollgrenze und gegen die Aufhebung von Steuern in den besetzten Gebieten ist. Der Vorschlag betreffend die Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten sei ebenfalls verworfen worden. Doch soll ein System von Garantien erzwungen werden, die die Lieferung von Kohle und Holz an die Alliierten sichern. Auch der Vorschlag, Deutschland solle sich einverstanden erklären, Anteile an den Industriefongern den Alliierten zu geben, sei abgelehnt worden. Die von dem italienischen Außenminister ausgesprochene Ansicht, daß ein Widerspruch darin liege, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnehmen, habe eine günstige Aufnahme gefunden.

Militaristischer Verschwendungswahn.

Gen. Belantich ist das Reich neben der Fällung der Gehälter und Quartierkosten für die Besatzung im besetzten Gebiet auch gezwungen, Stützpunkt in jeder gewünschten Anzahl für die Besatzungstruppen, die ihren kochlosen Aufenthalt auf deutschen Rhein natürlich zu ausgedehnten „Dienstreisen“ benötigen, zur Verfügung zu stellen. Der Preis für diese Stützpunkte, die auf Anordnung der Ortskommandantur requiriert werden, hält sich natürlich weit unter den sonst üblichen Zimmerpreisen. Der unendliche Trost an Frauen, Spielern, Weibern und sonstigen unliebsamen Erscheinungen im besetzten Gebiet, den die Besatzung mit sich bringt, benutzt natürlich diese Gelegenheit, um ebenfalls auf Kosten des deutschen Reiches billige Quartiere zu bekommen. Da sämtliche Besatzungstruppen auf dem Standpunkt stehen, daß es bei den Milliarden, die Deutschland sowieso an die Sieger zu zahlen hat, auf einige Millionen mehr oder weniger nicht ankommt, wird von dieser „Freiheit“ der Sieger auch von den Ortskommandanturen ausgiebig Gebrauch gemacht, so daß der größte Teil der im Rheinland reisenden Zivilisten auf Kosten des Reiches in requirierten Zimmern übernachtet. Die Hotelnot im besetzten Gebiet nimmt dadurch, auch zum Leidwesen der willkommenen Gäste im Rheinland, geradezu unerträgliche Formen an. So verschwendet militäristischer Siegerwahn Millionen, die dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs verloren gehen.

Minister Severing über die Mordpropaganda.

Das Verbot von Vereinen und Bänden auf Grund des Schutzgesetzes in Preußen ist, wie Minister Severing einem Redaktionsmitglied des „Berliner Tageblattes“ gegenüber betont hat, stets so gehandhabt worden, daß ein Einverständnis nur bei hundertprozentiger Beweismaterial erfolgte. Es ist dabei festgestellt worden, daß bei einzelnen Organisationen sogenannte Mordformalhands bestehen und daß diese Vereinigungen zwar nicht offiziell, aber doch durch Gruppierungen, die ihnen angehören, an Mordanschlägen beteiligt sind. Dabei stellt Minister Severing fest, daß die Spuren dieser illegalen Verbände durchaus nicht überwiegend nach Bayern, nach dem preussischen Osten und nach Kommern führen, wie man vielfach angenommen hatte, sondern es seien gerade auch in den westlichen Provinzen zahlreiche gravierende Ermittlungen gemacht worden. Der wegen Schwerecks Verhaftung verfolgte Kapitän Ehrhardt habe sich von seinem Aufenstaktort Jansbrunn aus mindestens ebenso oft nach Wilhelmshaven wie nach München begeben. Für bemerkenswert hält es der Minister, daß in besonders vielen Fällen, wo bei Mitgliedern dieser Organisationsgruppen Beweismaterial beizubekommen wurde, Mitteilungen auch des General Lubendorff aufgefunden worden sind. Es handelt sich hierbei entweder um ausführliche Instruktionen oder auch um kurze, auf den ersten Anschein unverständliche Karten. Es wird auch in beschlagnahmten Papieren des öfteren darauf hingewiesen, daß General Lubendorff möglichst im Hintergrund bleiben müsse und sich nicht kompromittieren dürfe. Wir hatten Lubendorff erklärte schließlich Herr Severing.

Über eines müssen wir uns allerdings klar sein. Sollte es noch einmal zu einem Attentat auf prominente und populäre Persönlichkeiten der Republik kommen, dann ist es sehr fraglich, ob es der Reichsregierung noch einmal gelingen wird,

Bauern so starker Drang zur Außerung glüht, daß er den einem Hesse zumal angeborenen Drang zur Außerung durchbricht, dann muß schon etwas daran sein, etwas Ungeübliches, das schon darin sich geltend macht, daß der dichtende Bauer es wagt, jeglichem Herkommen zum Trotz Innerstes bloßzulegen und mindestens ein erhebliches Befremden seiner Umwelt auf sich zu laden.

Ein solcher Mensch, ein Bauer nämlich, der einen unbändigen Drang zur Mitteilung in besonderer Form in sich verspürt und ihn über alle Bedenken seines Standes hinweg sich ausleben läßt, will sagen, den Versuch macht, ihn schaffend, künstlerisch wirkend zu betätigen, ist der heftige zeitgenössische Bernhard Schorbach, der soeben (bei H. G. Elwert, Verlag, Marburg) „Verse hinterm Pflug“ veröffentlicht, denen er den ebenso bescheidenen wie deutlich ungenügenden Untertitel „Gedichte eines heftigen Bauernknechts“ gegeben hat. Dieses kleine Buch ist mit seinen fünfzig Seiten ein literarisches Ereignis, nicht so sehr allerdings durch die Qualität der Gedichte als durch den Vorgang ihrer Entstehung und durch die Tatsache ihrer Veröffentlichung.

Da dies bereits auseinandergelegt worden ist, steht einer Betrachtung des Buches im einzelnen nichts mehr im Wege. Daß Bernhard Schorbach eine selbständige Begabung ist, zeigt sich schon in den Überschriften einzelner Gedichte wie „An dich beim ersten Schnee“, „Somme, la...“ und ähnlichen, und es überrascht deshalb keineswegs, daß die Verse selbst dieim Eindruck vielfach bestärken. Sie dürften fast alle im freien Entstande sein, denn sie besitzen einen Rhythmus, in welchem kräftige Schritte und ausladende Armbewegungen nachwirken. Trotzdem sind sie alles andere als dorn, und es dürfte mancher meinen, hinter einem Bauernbarschen soviel zartes Empfinden nicht vermutet zu haben, wie es etwa folgendermaßen sich ausdrückt:

Mein Lieb, komm, laß uns näher rücken,
In diesen Tagen wird es kühl,
Und laß uns Aug in Auge blicken
Im wonnereichen Liebespiel.

Das ist nicht nur zart, das ist schon meisterlich in der Metrik, alles Unnötige vermeidenden Wortfügung. Freilich sind solche Stellen, Fragungen einer reifen Kunst, noch nicht

gang und gäbe in diesen Gedichten. Es muß bei ihrer Wertung immer daran gedacht werden, daß es sich um einen ersten und durchaus ungewöhnlichen Versuch handelt, dessen Gelingen beinahe Schwierigkeiten entgegensteht.

Diese Schwierigkeiten sind mannigfaltig genug. Die Dichterschule vermittelt einem zu sprachlicher Ausübung Gebornen wenig, das als Vorbild und Anleitung dienen, und nur zu viel, das zur Verbilligung und Abwertung gereichen kann. Auf letzteres ist manche fatale Wortwahl zurückzuführen, auf erliches die noch unvollkommene Fähigkeit dieser zwischen Traum und Tagwerk trunken taumelnden Seele den Stoff zu konzentrieren und den redigierten Schluß zu finden. Es ist zutiefst mehr als eine Strapaze zuziel in diesen Gedichten. Dann aber kommen wieder Fragungen wie folgende:

Und um mich her, da rauscht die grüne Saat,
Vom nahen Wald her drangen Drosselstimme,
Ich stand wie einer, der sein Auge hat,
Kein Herz, kein Ohr für all das reifend Schöne.

Oder diese:

Ging vom Weg und ging durch Wiesen,
Ging am Bienenbach entlang,
Ging vorbei an Erlenriesen,
Und der Abendwind, der sang.

Oder etwa:

Sagt, was ihr wollt, schön ist die weite Welt,
Schön das Leben, wenn wir all' uns lieben!

So etwas prägt sich ein aufs Nichtvergessen und überträgt jene Gelegenheitsirritationen, die schon mehr Verlegenheitsbildungen sind, Begreifungen einer noch unsicheren Hand, und feinerer Gemüts für das Endurteil besitzen. Dieses hat schließlich auch den Inhalt zu berücksichtigen, und bezüglich dessen ist in diesem Falle auch noch ein Wort zu sagen.

Wie schon erwähnt, haben alle Gedichte, die Bernhard Schorbach in seiner kleinen Sammlung bietet, etwas von der Luft, die er bei seiner Arbeit atmet. Nun ist es aber nicht etwa so, daß er diese Arbeit nur sozusagen zufällig leistet. Nein, er ist ihr gänzlich und mit Inbrunst hingeegeben, sie ist ihm Herzenssache wie die Liebe, er hängt an ihnen